

## Mitwirkungsbericht an die Parteien

Besten Dank für Ihre Mitwirkung bezüglich Neuorganisation der Departemente und Kommissionsstrukturen. Die Ideen des Gemeinderates werden von den Parteien erfreulicherweise generell positiv bewertet. Die Neustrukturierung der Kommissionen und damit der Departemente wird auch eine Neuausrichtung der politischen Themen mit sich bringen und innovative Lösungen auf heutige und zukünftige Herausforderungen ermöglichen.

Bereits Heraklit von Ephesos (um 535-475 v. Chr.), schrieb:

"Die einzige Konstante im Universum ist die Veränderung".

Dieses Motto nahm der Gemeinderat bei seinen Überlegungen auf. Wir leben in einer Zeit, in der unglaublich viele Veränderungsprozesse parallel passieren, gesellschaftlich, kulturell, politisch, gesundheitlich, in Sachen Umwelt und in der Wirtschaft.

Der Gemeinderat ist daher überzeugt – und wird wie erwähnt mehrheitlich von den Parteien bestärkt – mit seiner pragmatischen, sachgerechten und auf die Bedürfnisse der jetzigen wie der zukünftigen Dorfbevölkerung zugeschnittenen Vorlage, auf dem richtigen Weg zu sein. Es wird so möglich sein, die Zukunft unserer Einwohnergemeinde positiv zu gestalten und in den verschiedenen Departementen politisch zum Wohle unserer Dorfgemeinschaft zu wirken.

Die Eingaben der Mitwirkung zeigen im Detail folgendes:

### SP Lengnau

	Stellungnahme Gemeinderat
An der Parteiversammlung vom 5. Oktober 2022 hat die SP Lengnau die vorgeschlagene Neuausrichtung eingehend diskutiert.	Kenntnisnahme
Grundsätzlich ist die Neuausrichtung aus Sicht der SP positiv.	Kenntnisnahme
Bei der Qualität des Bevölkerungswachstums sieht die SP nicht nur eine negative Entwicklung, sind doch in den letzten Jahren auch viele Eigentumswohnungen entstanden. Es sind aus den 1960/70iger Jahren mit den grossen Überbauungen südlich der Bahnlinie ein bisschen viele Altlasten vorhanden, welche Lengnau seit Jahren anhängen. Dennoch sollte das Ziel sein, zu versuchen, das Wachstum im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen und den finanziellen Möglichkeiten zu steuern.	Kenntnisnahme
Die Einsetzung einer Fachkommission aus dem Seniorennetzwerk wurde kontrovers diskutiert.	Die Absicht des Gemeinderates bez. Seniorennetzwerk wird gestützt.

<p>Schlussendlich folgte die Versammlung dem Argument, dass damit eine grosse Bevölkerungsgruppe eine offizielle Vertretung bekommt und damit ihre Anliegen besser gewichtet werden. In diesem Zusammenhang sollte auch eine bessere Einbindung der Jugend gefördert werden, Jugendarbeit allein reicht nicht, um bei den Jungen Interesse für die Entwicklung der Gemeinde zu wecken. Der SP fehlt diesbezüglich die politische Bildung, wie auch der Einbezug der Dorfgeschichte im Rahmen der Volksschule. Im Rahmen des Lehrplans sollte es möglich sein diese Themen zu bearbeiten z. B. mit einem Workshop mit externen Fachleuten. Sinnvoll wäre auch der Versuch, eine Jugendkonferenz für bis 25-Jährige zu ermöglichen.</p>	<p>Einbindung Lehrplan – Kenntnisnahme</p> <p><i>Jugendkonferenz</i></p> <p>Dieser Aspekt übersteigt die Reo der Departemente. Im Projekt Jugendarbeit soll dieser Punkt durch die zuständige Kommission aufgenommen werden.</p>
<p>Der Wunsch des Gemeinderats nach mehr Fachwissen im Departement Finanzen und Liegenschaften ist zum Teil nachvollziehbar. Da sind bei der Auswahl ihre KandidatInnen die Parteien in der Pflicht. Wichtig erscheint der SP aber auch, dass sich die Kommissionsmitglieder für ihre Arbeit interessieren. Kompetenzen kann man sich auch aneignen.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Erneuerbare Energien gehört für die SP auch zum Departement Erschliessung und Versorgung.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Der SP Lengnau ist wichtig, möglichst viele EinwohnerInnen und Einwohner, insbesondere auch die Neuzuzüger, in das Dorfgeschehen einzubinden. Es müsste versucht werden, sei es über Workshops oder Umfragen, Anregungen zu Themen wie Zufriedenheit Infrastruktur, Freizeitverhalten, Mobilität, Ökologie, Visionen usw. zu lancieren.</p> <p>In der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung sind die vorhandenen Gefässe wie Vereine und Parteien, nicht mehr unbedingt gefragt, weil sie eine Bindung voraussetzen. Das bestimmt vorhandene Potenzial könnte über andere Kanäle ermittelt werden.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

### SVP Lengnau

<p>Wir haben die Vorschläge des Gemeinderates mit Interesse zur Kenntnis genommen, und eingehend diskutiert. Da sich die Welt und das Umfeld unserer Gemeinde im ständigen und immer schnelleren Wandel befindet, ist es sicher an der Zeit die Gemeindestrukturen anzupassen. Im Grossen und Ganzen sind wir mit den vorgeschlagenen Änderungen in dieser Form einverstanden. Wir denken, dass die Lasten für die einzelnen Departemente besser verteilt sind als dies bisher der Fall war.</p>	<p><b>Stellungnahme Gemeinderat</b></p> <p>Kenntnisnahme</p>
<p>Was uns fehlt, sind die Zuständigkeiten. (Seeland Biel-Bienne / Agglo-Programm und die diversen Delegierten wie GAG, BGU, ARA, RVK) Wer oder welches Departement ist jeweils zuständig?</p>	<p>Diese gehören in die zuständigen Departemente nach Sachgebiet.</p> <p><b>Gemeindepräsidium</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- seeland.biel/bienne</li> <li>- GAG</li> </ul> <p><b>Umwelt und Mobilität</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- BGU</li> <li>- RVK</li> </ul> <p><b>Erschliessung und Versorgung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- ARA</li> </ul>

<p>Wir erwarten, dass spätestens nach einer Legislatur eine Zwischenbilanz gemacht wird, und bei Bedarf Anpassungen vorgenommen werden. Schlussendlich ist es unser aller Bestreben, Lengnau weiterhin vorwärts zu bringen und in unserer Region als sehr fortschrittlich zu positionieren.</p> <p>In diesem Sinne wünschen wir dem Gemeinderat weiterhin viel Erfolg, für Lengnau und uns alle.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
--	----------------------

#### FDP Lengnau

<p>Wir haben an der letzten FDP- Vorstandssitzung die neue Reo der Gemeinde besprochen und analysiert.</p> <p>&gt; aus Sicht der FDP Sektion Lengnau haben wir keine Ergänzungen oder Änderungswünsche betreffend den neuen Gemeindestrukturen anzubringen.</p>	<p><b>Stellungnahme Gemeinderat</b></p> <p>Kenntnisnahme</p>
---	--

#### EVP Lengnau

<p>Grundsätzlich begrüßen wir die Neustrukturierung der Kommissionen. Diese ist u.E. auch notwendig, denn es kann nicht sein, dass gewisse bisherige Kommissionen „wegen fehlender Themen“ kaum oder gar keine Sitzungen mehr haben können (Sie erwähnen die Kommissionen Bildung und Soziales).</p>	<p><b>Stellungnahme Gemeinderat</b></p> <p>Kenntnisnahme</p>
<p>Wie bereits erwähnt, wir können die neue Strukturierung der Departemente und Kommissionen nachvollziehen. Sie sind logisch - mit einer Ausnahme: das Thema „Alter &amp; Senioren“ gehört u.E. nicht in die Kommission für Gemeindemarketing Wirtschaft Sport und Kultur sondern wäre in der Kommission Bildung und Gesellschaft passender untergebracht. Sie erwähnen, dass in einem ‚Gesellschaftsdepartement‘ aktuelle für Lengnau wichtige Gesellschaftsthemen systemisch bearbeitet werden sollen. Zu diesen Themen gehören u.E. nebst Erwachsenenbildung und Jugendarbeit auch Alter &amp; Senioren - also das gesamte Spektrum der Gesellschaft. Dieses wäre in der Kommission Bildung und Gesellschaft am sinnvollsten abgebildet.</p>	<p>Kenntnisnahme</p> <p>Die Eingliederung des Seniorennetzwerkes in das Departement Bildung und Gesellschaft wäre effektiv möglich.</p> <p>Der Gemeinderat wählte den anderen Ansatz aufgrund der bestmöglichen Arbeitsaufteilung unter den Departementen. Er kann sich vorstellen, dass die Kulturförderung sehr gut mit dem Seniorennetzwerk vereinbar ist.</p>

#### JSVP

<p>Mit dem Schreiben vom 31. August 2022 haben Sie uns zu einer Vernehmlassung eingeladen. Dafür möchten wir uns bedanken. In Ihrem Begleitschreiben erwähnen Sie, dass sich die Einwohnerzahl bald auf 6'000 belaufen soll und das Bevölkerungswachstum leider mehr quantitativ als qualitativ war. Der Jungen SVP Sektion Lengnau (nachfolgend Junge SVP genannt) erschliesst sich zwar hier der Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Gemeindeorganisation nicht ganz, teilt aber die Einschätzung der negativen Bevölkerungsentwicklung der Gemeinde.</p> <p>Eine Möglichkeit, dieses nachweislich ungesunde Wachstum zu stoppen, wäre, keine weiteren Auf- und Umzonungen von Bauland vorzunehmen und sich gegen die Verdichtung einzusetzen. Mit Blick auf die Unterlagen der bevorstehenden Gemeindeversammlung scheint leider das Gegenteil der Fall</p>	<p><b>Stellungnahme Gemeinderat</b></p> <p>Die Ausführungen im zweiten Absatz der Vernehmlassungen zeigen, warum der Gemeinderat die Departemente neu akzentuieren will. Der Gemeinderat will die Innovation in den Kommissionen fördern, um agil auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Dazu gehört politische Arbeit in den Kommissionen zu leisten und den Gemeinderat mit Ideen und Anliegen zu versorgen. Dies mit dem Ziel, Lengnau als Wohn- und Arbeitsort wie in der Region zukünftig noch besser zu positionieren. Dazu gehört auch, neue gute Steuerzahler für einen Zuzug nach Lengnau zu motivieren.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
--	---

<p>zu sein.</p> <p>Nun konkret zu der Neustrukturierung. Der vorliegende Entwurf verdient leider den Namen «Neustrukturierung» nicht. Der Gemeinderat hat es im Entwurf leider versäumt, die Gemeindeorganisation politisch attraktiver zu gestalten. An den Grundsätzen ändert sich denn auch nichts. Dazu in den Kommissionen später mehr.</p>	<p>Der Gemeinderat verfolgt eine zukunftsorientierte Ausrichtung, die auf die Herausforderungen der Gesellschaft interagiert.</p>
<p>Die neue Aufteilung der Departemente macht in den folgenden Bereichen Sinn und unterstützen wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gemeindemarketing, Wirtschaft, Sport und Kultur</li> <li>- Finanzen, Liegenschaften und Informatik</li> <li>- Bau und Planung</li> <li>- Bildung und Gesellschaft</li> </ul>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Unsere Hauptkritikpunkte an den anderen Departementen</p> <p><b>GÖS</b></p> <p>Dass die GÖS zwischen den Departementen «Präsidiales, Organisation und Ordnung», «Umwelt und Mobilität» und «Erschliessung und Versorgung» aufgeteilt wird, erachten wir als schlecht. Die GÖS hat heute mit dem Ortspolizeiwesen und den gesamten Verkehrsthemen eine gute Aufteilung. Es ist nicht verständlich, dass diese Themen auf drei Departemente verstreut werden sollen. Zudem ist die Sicherheit, Ruhe und Ordnung ein zentrales Anliegen der Bevölkerung. Das zuständige Departement und die Kommission muss auch namenstechnisch als solches erkennbar sein, damit Lengnauer Bürger sich mit Anliegen an ihre politischen Vertreter wenden können. Der Schreibende hat als Mitglied der GÖS immer wieder die Erfahrung gemacht, dass Bürger aufgrund der Mitgliedschaft in der GÖS mit Anliegen rund um das Thema (Verkehrs)Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf ihn zugekommen sind und diese Anliegen in der Kommission auch besprochen werden konnten.</p> <p>Auch thematisch gehören die Themen Verkehrskonzepte, Signalisierung und Ortspolizeiwesen zusammen. Auch die Entwicklungen in anderen Gemeinden haben gezeigt, dass die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung nicht alleine durch die Kantonspolizei als Einheitspolizei befriedigt werden konnten. Etliche mittlere und grössere Gemeinden haben Ihr Engagement im Rahmen des kantonalen Polizeigesetzes verstärkt und treten teils sogar mit eigenen kommunalen uniformierten Ortspolizeimitarbeitern auf (Langenthal, Biel, Bern, Lyss, Interlaken, Aufzählung nicht abschliessend). Auch kommen nach der Einführung der Einheitspolizei an den Kanton abgetretenen Kompetenzen vermehrt wieder fakultativ zu den Gemeinden zurück (z.B. Identitätskontrollen), da man nach über 10 Jahren Erfahrung mit der Einheitspolizei zum Schluss kommt, dass nicht alles durch die Kantonspolizei - schon nur ressourcentechnisch - bewältigt werden kann. Die Junge SVP rät dringend davon ab, die GÖS in ihrer heutigen Form aufzulösen und die Aufgaben in drei andere Departemente zu verteilen.</p>	<p>In der Vergangenheit zeigte sich, dass sich die Polizeiaufgaben auf kommunaler Ebene vorwiegend auf operativer Ebene bewegen. Dazu gehören z.B. Bekämpfung von Lärmimmissionen, Bussen ruhender Verkehr, Ausstellung von Bewilligungen etc. In der Vergangenheit beschäftigte sich die Kommission Gös kaum mit solchen Anliegen. Diese wurden direkt durch den Gemeinderat bearbeitet und durch die Verwaltung vollzogen. Wenn überhaupt, nahm die Kommission Kenntnis von ausgestellten Bewilligungen.</p> <p>Die Kommission selber leistete leider keine strategische Arbeit und entwickelte kaum neuen Ideen. Die Vorschläge kamen meistens aus der Verwaltung. Dem Gemeinderat ist es jedoch ein Anliegen, im Sinne des gesamtheitlichen Überblicks abschliessend über Anträge der Kommissionen zu entscheiden.</p> <p>Die Kommissionsmitglieder Gös brachten kaum Anliegen aus der Bevölkerung bezüglich Sicherheit, Ruhe und Ordnung ein. Die Kommission wurde hingegen beauftragt, ein Sicherheitskonzept zu erarbeiten. Dies aufgrund von Vandalenakten. Das Sicherheitskonzept wurde bisher nicht beigebracht.</p> <p>Der Gemeinderat sieht vor, Verkehrskonzepte und die Signalisierung von Strassen im Bereich Strassen anzusiedeln. Dies um Einheitlichkeit zu gewährleisten. Es zeigte sich immer wieder, dass Strassen gebaut wurden und die Folgemassnahmen nur sehr schleppend vorankamen, d.h. eine Kommission entschied über ein Strassenprojekt und die weitergehenden Überlegungen wurden von der anderen Kommission nicht aufgenommen und Projekte verzögert.</p> <p>Das neue Polizeigesetz erweitert die Möglichkeiten für kommunale Polizeiorgane. Dies unter Voraussetzung, dass die Gemeinde einen Ressourcenvertrag mit dem Kanton abschliesst. Diese Lösung wäre äusserst teuer und wohl für Lengnau nicht verhältnismässig. Die Beispiele der JSVP zeigen, dass nur Städte/Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern oder durch den Tourismus geprägte Gemeinden wie Interlaken, Unterseen und Matten gemeinsam (16'000 Einwohner) Ressourcenverträge abschliessen. Im Übrigen verfügte die Einwohnergemeinde Lengnau früher über einen uniformierten "Dorfpolizisten". Von dieser Lösung wurde aus finanziellen Gründen abgesehen. Abschliessend soll jedoch immer der Gemeinderat als Exekutivorgan (wie bisher) für das Polizeiwesen zuständig sein. Mit dem derzeitigen Vorschlag ist dies gegeben.</p>
<p>Präsidiales, Organisation und Ordnung</p>	

<p>Der angedachte Vorschlag dieses Departements sieht die Junge SVP sehr kritisch. Wichtige politische Themen wie Gemeindepolizei, Einbürgerungen, Einwohner- und Fremdenkontrolle, Abstimmungen und Wahlen, Organisation und Personal werden in einem einzigen Departement beheimatet. Dies führt aus unserer Sicht zu einer Art überproportionalen «Macht- und Kompetenzkonzentration». Besonders sauer stösst aber dann auf, dass die zuständige Präsidialkommission, welche für teils hochpolitische Themen zuständig wäre, nach unserer Lesart des beigelegten Übersichtsplans von 6 Vertretern aus der Verwaltung (5 GL, 1 Person aus dem Gemeinderatsbüro) und nur zwei politischen Vertretern (Präsident und Vizepräsident) besetzt würde. Sollte diese Einschätzung so korrekt sein, wäre diese Aufteilung für die Junge SVP nicht akzeptabel und würde politisch bekämpft werden.</p>	<p>Die aufgeführten Bereiche sind vorwiegend organisatorischer/operativer und kaum politischer Natur und werden von den verschiedenen Bereichen der Verwaltung sichergestellt. Als oberstes Aufsichts- und Entscheidungsorgan ist gemäss kantonaler Gesetzgebung der Gemeinderat zuständig. Dieser entscheidet somit über politisch wichtige Themen wie Einbürgerungen.</p> <p>Eine Präsidialkommission ist nicht vorgesehen. Dies ist auch aus keinem Dokument ersichtlich.</p>
<p>Kommissionen im Allgemeinen</p> <p>Immer wieder hört man bei den politischen Parteien und den Kommissionsmitgliedern, dass die Kommissionen wenig zu sagen hätten. Dies scheint bei einigen Kommissionen aufgrund der Leitplanken des kantonalen Rechts tatsächlich so zu sein. Es gibt jedoch auch Kommissionen mit mehr Spielraum. Um aber auch die politische Partizipation zu fördern, sieht die Junge SVP beim Kommissionsaufbau und den Kompetenzen Verbesserungspotenzial.</p> <p>Die Kommission ist beispielsweise in der politischen Debatte (Gemeindeversammlung, Gemeindeabstimmung) inexistent und kommt nicht zu Wort. Auch reglementarisch ist die Kommissionsmeinung und Entscheidung nur mit Zustimmung des Gesamtgemeinderats erlaubt (z.B. die Anträge zum Budget oder zu einem Projekt). Dieser Umstand ist in einem politischen System, wo man sich mehr politische Teilnahme und Meinungspluralität wünscht, unhaltbar. Der Jungen SVP schwebt vor, dass an der Gemeindeversammlung jeweils auch der Präsident der Kommission die Kommissionsanträge vorträgt und die Sicht der zuständigen Kommission zum Geschäft wiedergibt. Dieser Vorschlag wäre denn auch nicht ein neues Konstrukt, sondern ist in einigen Gemeinden, aber vor allem auf kantonaler und nationaler Ebene Normalität und fördert die politische Partizipation.</p> <p>In diesem Zusammenhang soll auch die Zusammensetzung in der Kommission angepasst werden. So soll zwar der zuständige Gemeinderat weiter von Amtes wegen in der Kommission Einsitz nehmen, jedoch nicht mehr als Präsident und Sitzungsleiter der Kommission. Das Präsidium soll innerhalb der Kommission unter den ordentlichen Mitgliedern festgelegt werden.</p>	<p>Die politische Arbeit wurde mit der Neuorganisation verbessert und bezieht sich auf die Ausrichtung des Dorfes. Gemäss Literatur zeigt sich, dass die Trennung von Strategie und Operation zu besseren Resultaten führt, als wenn sich die Politik mit operativen Kleinheiten beschäftigt und wesentliche Entscheidungen zur Entwicklung des Dorfes vernachlässigt. Diesen erfolgreichen Weg geht Lengnau glücklicherweise in den letzten 10 Jahren. Lengnau ist auf einem guten Weg. Es ist jedoch so, dass teilweise zu wenig Engagement von Kommissionsmitgliedern zur Entwicklung des Dorfes gezeigt wird und so der vorhandene Spielraum durch die Kommissionen (siehe konzeptionelle Arbeit Gös) nicht genutzt wird. Der Gemeinderat lehnt es ab, dass sich die Politik in operative Geschäfte verwickelt und die strategische Arbeit vernachlässigt wird, resp. diese durch andere kommunale Organe getätigt werden soll.</p> <p>Die politische Debatte an Gemeindeversammlungen und Gemeindeabstimmungen ist in Lengnau als eher gering einzustufen. Sie ist jedoch nicht prioritär Aufgabe der Kommissionen, sondern der Ortsparteien. Es zeigt auch, dass die Arbeit des Gemeinderates generell geschätzt wird und die Entscheidungen durch den Souverän mehrheitlich getragen werden. Kommissionsmeinungen können dem Souverän immer vorgelegt werden. Dies ist der Vorteil einer Gemeindeversammlung. Jeder Bürger / jede Bürgerin hat das Recht, sich an der Gemeindeversammlung einzubringen. Eine auferlegte Kommissionsbeschränkung gibt es nicht. Auch ist es nicht so, dass der Gemeinderat den Anträgen der Kommissionen nicht folgen würde. Gute Argumente haben bisher immer ihre Wirkung erzielt. Was hingegen richtig ist, dass Gemeinderatsentscheide dem Kollegialitätsprinzip unterliegen. Hier machte der Gemeinderat sehr gute Erfahrungen.</p> <p>Der Vorschlag der JSVP zielt eher auf parlamentarische Arbeit ab. Es ist nicht von ungefähr, dass über kantonale und nationale Institutionen argumentiert wird. Die Änderung hätte jedoch indirekt die Abschaffung der Gemeindeversammlung zur Folge. Dem Gemeinderat ist wichtig, an der Gemeindeversammlung festzuhalten. So ist gesichert, dass alle Stimmberechtigten ihre Anliegen direkt einbringen können.</p> <p>Diesen Vorschlag lehnt der Gemeinderat ab. Die Einwohnergemeinde Lengnau machte bereits Erfahrungen mit ebendiesem Konstrukt. Die politische Arbeit wurde geschwächt. Politische Prozesse waren wenig dynamisch und der Verwaltungsapparat wurde belastet. Eine Änderung würde wohl erhöhte Kosten mit sich bringen. Zudem zeigte sich in der Vergangenheit, dass die einzelnen Gemeinderatsmitglieder marginalisiert wurden und so in den Kommissionen zu Marionetten verkamen. Zudem wurden die Geschäfte und Entscheidungen der Kommissionen im Gemeinderat auch weniger konsequent vertreten.</p>

<p>Die Junge SVP sieht die neue Aufteilung der Departemente «Gemeindemarketing, Wirtschaft, Sport und Kultur», «Finanzen, Liegenschaften und Informatik», «Bau und Planung sowie «Bildung und Gesellschaft» als positiv an und kann diese unterstützen. Wobei die Namen der Departemente nochmals geprüft werden sollten. Insbesondere Anglizismen haben in einem Departementsnamen aus Sicht der Jungen SVP nichts verloren.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
<p>Die Junge SVP sieht die Auflösung der GÖS und die Verteilung deren Aufgaben in drei Departementen als problematisch an. Diese entspricht nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung und der gegenwärtigen Entwicklungen anderer Gemeinden. Die Junge SVP würde dieses Vorhaben, sollte der Gemeinderat daran festhalten, politisch aktiv bekämpfen.</p> <p>Die Junge SVP sieht beim Departement Präsidiales eine zu grosse Konzentration von politisch wichtigen Aufgaben und Kompetenzen.</p> <p>Zudem sind beim Kommissionseinsatz Fragen offen. Sollten in der 8-köpfigen Kommission tatsächlich 6 Personen aus der Verwaltung vs. 2 gewählte Volksvertreter Einsitz nehmen, würde die Junge SVP diesen Vorschlag politisch vehement bekämpfen.</p>	<p>Der Gemeinderat macht Politik für Lengnau und nicht für andere Gemeinden. Aus Sicht des Gemeinderates sind die Bedürfnisse der Bevölkerung politisch sehr gut abgedeckt. Zudem ist jede Gemeinde anders aufgestellt und bearbeitet differenzierte Problemstellungen.</p> <p>Mit ihrer Ansage zeigt die JSVP gerade, dass die Parteien in der Pflicht sind und obenstehende Argumente der JSVP hinfällig sind, resp. die politische Einflussnahme an der Gemeindeversammlung gewährleistet ist.</p> <p>Was erstaunt ist, dass die JSVP im Präsidialdepartement eine Konzentration von wichtigen Kompetenzen sieht. Hier betreibt die JSVP Konstruktivismus. Zuständig ist der Gemeinderat als oberstes Exekutivorgan (Einbürgerungen u.a.). Dies sieht übrigens der Gesetzgeber im Kanton Bern so vor.</p> <p>Kenntnisnahme</p>
<p>Aus Sicht der Jungen SVP sollten die Kommissionen attraktiver zusammengesetzt und mit mehr Mitspracherecht ausgestattet werden. Dies fördert die politische Partizipation und die Meinungspluralität. Für die wohlwollende Prüfung unserer Einwände danken wir Ihnen bestens.</p>	<p>Die Kommissionen haben bereits heute ausgesprochen viele Möglichkeiten, um politisch zu wirken. Diese werden leider wenig genutzt. Hier sind die Parteien gefordert.</p>

